

## Innervillgraten: 90.000 Euro Planungskosten ohne grünes Licht?

Von Claudia Funder, Freitag, 16. September 2011

Auftrag für Kraftwerksplanung stößt auf massive Kritik des Umweldachverbands.



Die Wegelate-Säge im Villgratental. Ausgaben für Detailplanung des Kraftwerksprojektes an Staller- und Kalksteinbach wären umsonst, sollte das Vorhaben gestoppt werden.

Nicht nur Naturschützern ist das geplante Kraftwerk an Staller- und Kalksteinbruch in Innervillgraten, über das seit Jahren kontroversiell diskutiert wird, ein Dorn im Auge.

Die Entscheidung des Gemeinderates, die Detailplanung für das Projekt an ein Planungsbüro zu vergeben, noch bevor alle Voraussetzungen für die Verbauung der Fließgewässer vorliegen, sorgt auch im Umweldachverband für Kopfschütteln.



„Man kann nicht bei einer noch nicht entschiedenen Rechtssache bereits den nächsten Schritt setzen“, ist Verbandspräsident Gerhard Heilingbrunner über das Vorgehen des Bürgermeisters und der die Entscheidung mittragenden sieben Gemeinderäte verärgert.

Grundbesitzer der Gemeinde hatten gegen den wasserrechtlichen Bescheid des Landes Einspruch erhoben, der Bescheid ist noch nicht rechtskräftig. Für die Detailplanung werden 90.000 Euro investiert, 70 Prozent davon trägt die Gemeinde, den Rest die Planungsfirma.

Gerhard Heilingbrunner, Präsident des Österreichischen Umweldachverbandes, ortet Amtsmissbrauch.

„Wenn privates Geld verpulvert wird, ist das kein Problem“, so Heilingbrunner. „Es geht in diesem Fall aber um Steuergelder der Gemeinde. Für mich als Jurist liegt der Verdacht nahe, dass es sich um Amtsmissbrauch des Bürgermeisters handelt.“ Dieser setze, so der Verbandspräsident, eine Handlung mit ungewissem Ausgang, möglicherweise zu Schaden der Gemeinde.

„Das kann man nicht machen, auch wenn man vom Ausgang überzeugt ist.“ Bürgermeister Lusser hatte sich optimistisch geäußert, dass der Einspruch sicher nicht durchgehen werde. Der Umweltdachverband überlege nun sogar, rechtliche Schritte in Form einer Strafanzeige gegen den Bürgermeister einzubringen.

Enttäuscht ist Heilingbrunner von LH-Stellvertreter Anton Steixner: „Er hatte mir im Beisein von Zeugen ein Gespräch vor der Entscheidung zugesagt.“ Eine Woche später seien die Bescheide hinausgegangen, ohne ein Wort gewechselt zu haben. Die Sache liege nun im Lebensministerium bei Minister Niki Berlakovich zur Entscheidung. Der nächste Schritt sei das Höchstgericht. Heilingbrunner: „Wir sind ein Rechtsstaat.“

Die politische Verantwortung liege laut Verbandspräsident in diesem Fall eindeutig bei LH-Stellvertreter Steixner: „Er hätte den Bürgermeister rechtzeitig zurückpfeifen und die Gemeinde vor möglichem Schaden bewahren müssen.“